

# Die Familie an der Wende zum 21. Jahrhundert

Bewertung der familienpolitischen Entwicklungen der  
Jahre 1999 bis 2009 aus Sicht der Kinderfreunde

Winfried Moser



Institut  
für Kinderrechte  
& Elternbildung

## Impressum

Auftraggeber: Österreichische Kinderfreunde, Bundesorganisation

Verfasser: Winfried Moser

Institut für Kinderrechte & Elternbildung

Wien, September 2010

## Titelbild

Dieser junge Baum, ein „Anerkennungsbaum für MigrantInnen“, wurde im Oktober 2006 an der Wiener Ringstraße gepflanzt. Der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird damit Dank für ihren wertvollen und unverzichtbaren Beitrag für eine funktionierende Gesellschaft ausgedrückt. An seiner Stelle stand bis Ende August 2005 der letzte überlebende Baum der Erstbepflanzung der Ringstraße. Er war 145 Jahre alt.

Foto: Gabriele Stampler

# Inhaltsverzeichnis

## Einleitung 4

## 1 Von der Kinderbetreuung zur Elementarpädagogik 5

Flächendeckender Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen 5

Der beitragsfreie Kindergarten 6

Kindergarten als elementare Bildungseinrichtung 7

## 2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Geschlechtergerechtigkeit 9

Gerechte Verteilung der Erziehungs- und Familienarbeit 9

Vaterschutzmonat 9

Karenz und Kinderbetreuungsgeld 10

## 3 Ist unsere Familienpolitik integrativ? 12

Sozialisationsbedingungen von Kindern mit Migrationshintergrund 12

Gewaltbelastete Erziehung 13

Kinderbetreuung und Integration 14

Bildung und Integration 14

Freizeit, Zivilgesellschaft und Integration 15

Asyl 16

## Conclusio 17

## Einleitung

Seit 1969 wird im Zehnjahresintervall in den Familienberichten ein Überblick über familienpolitische Maßnahmen und die Institution Familie in Österreich gegeben. Die Präsentation des aktuellen (fünften) Familienberichts mit dem Titel 'Die Familie an der Wende zum 21. Jahrhundert' diesen Sommer ist ein guter Anlass, die familienpolitischen Ziele der Kinderfreunde im vergangenen Jahrzehnt zu reflektieren. Eine Analyse der Presseaktivitäten im Zusammenhang mit dem Thema Familie zwischen 1999 und 2009 ergab, dass die Kinderfreunde sich besonders stark in den Bereichen Kinderbetreuung, Elementarpädagogik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Gleichstellungspolitik engagiert haben. Der hier vorliegenden Artikel lässt die politischen Entwicklungen dieser Bereiche in den letzten zehn Jahren Revue passieren. Darüber hinaus wird im dritten Abschnitt das Thema Integration angesprochen, das familienpolitisch zunehmend relevant wird.

# 1

## Von der Kinderbetreuung zur Elementarpädagogik

Schon lange ist das Postulat der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einer der treibenden Gründe für den quantitativen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. In den letzten zehn Jahren hat sich aber die Sicht auf die Institution Kindergarten merkbar gewandelt. Immer stärker wird wahrgenommen, dass der Kindergarten nicht nur eine Betreuungs-, sondern auch eine Bildungseinrichtung ist. Außerdem rückt zunehmend ins öffentliche Bewusstsein, dass Kinderbetreuungseinrichtungen auch aus Kindersicht betrachtet werden müssen. Aus dieser Perspektive stellt ein Kindergarten eine Dienstleistung für Kinder dar, und nicht nur für Erwachsene. Es geht nicht mehr nur um die Verbreitung, die Öffnungszeiten, oder die Rentabilität im Sinne späterer Bildungserfolge, aus Kindersicht bekommt auch die pädagogische Qualität der Betreuungseinrichtungen - man könnte auch sagen, die Rolle des Kindergartens als 'Beziehungseinrichtung' - einen immer höheren Stellenwert.

### Flächendeckender Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

Ein mediales Dauerthema der letzten zehn Jahre war der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Schätzungen über die Zahl der fehlenden Betreuungsplätze schwankten je nach Definition und Quelle zwischen 40.000 und 100.000, im aktuellen Familienbericht wird von etwa 45.000 fehlenden Plätzen ausgegangen - vor allem für die unter Dreijährigen. Vor allem am Land ist die Forcierung eines flächendeckenden Ausbaus notwendig, auch dort kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die Großeltern während der Arbeitszeit oder in den Ferien die Kinder betreuen. So klagt zB in NÖ jede dritte Familie über Schwierigkeiten bei der Organisation einer Ferienbetreuung für ihre Kinder.

Zwar ist mit dem Abschluss der 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ein forcierterer Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in Sicht, eine Überprüfung der wichtigen Benchmarks zeigt jedoch, dass noch vieles zu tun ist:

(1) Die Ermöglichung des Kinderwunsches wird als zentrale Zukunftsaufgabe der Familienpolitik gesehen. Ein internationaler Vergleich macht rasch klar, dass die Geburtenrate überall dort hoch ist, wo die Kinderbetreuung gut organisiert und die Frauenerwerbstätigkeit hoch ist. Ein funktionierendes System der Kinderbetreuung schafft also die Rahmenbedingungen, unter denen der Wunsch nach einem Kind umgesetzt werden kann. Hinsichtlich der Fertilitätsraten gehört Österreich europaweit nach wie vor zu den Schlusslichtern. Nach einer aktuellen Studie des Max-Planck-Instituts ist Österreich sogar europaweit das erste Land, in dem sich Paare im Durchschnitt nicht einmal mehr zwei Kinder wünschen.

(2) Die Forcierung des flächendeckenden Ausbaus ist nicht nur in Zusammenhang mit der Fertilität zu sehen, sondern auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von großer Bedeutung: Es ist bekannt, dass ein Ausbau der staatlich geförderten Kindertagesbetreuung für Kinder bis zu drei Jahren zu einem signifikanten Anstieg der Frauenerwerbsquote und der wöchentliche Arbeitszeit führt - offenbar besteht also Bedarf.

Gemäß der Barcelona-Ziele der EU sollte bereits heuer für ein Drittel der unter Dreijährigen ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen - in Österreich liegt die Abdeckung derzeit bei schwachen 14 Prozent. Problematisch ist das vor allem im Hinblick auf die 2008 erfolgte Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgelds, weil durch die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten viele Frauen schlechte Chancen beim Wiedereinstieg in den Beruf haben. Die Maßnahmen sind also schlecht aufeinander abgestimmt.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die fehlenden Plätze bei den über Sechsjährigen und auf den Bedarf nach längeren Öffnungszeiten hinzuweisen. Die Öffnungszeiten müssen flexibler werden, wichtig ist eine Nachmittagsbetreuung für ab Sechsjährige, damit die Eltern/Mütter nicht ihre Berufstätigkeit aufgeben müssen, wenn die Kinder in die Volksschule kommen. Zwar lässt sich mittlerweile ein Trend zur Ausweitung der Öffnungszeiten beobachten, dennoch weist nach wie vor ein erheblicher Anteil der Einrichtungen eine relativ frühe Schließzeit auf und trägt daher nur beschränkt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Bei den Jahresöffnungszeiten mangelt es ebenfalls an Flexibilität.

(3) Wir sollten uns allerdings auch darüber bewusst sein, dass die Argumentation, dass Kinderbetreuungseinrichtungen aus Gründen der Fertilität und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszubauen seien, sehr stark einer Erwachsenenperspektive verhaftet ist. Aus Kindersicht könnte Betreuungsschwierigkeiten zB auch gelöst werden, indem die Arbeitszeit für Eltern bei vollem Lohnausgleich verkürzt und gleichmäßig zwischen Vater und Mutter aufgeteilt wird.

## Der beitragsfreie Kindergarten

Die, aus Sicht der Kinderfreunde, wichtigste familienpolitische Errungenschaft des vergangenen Jahrzehnts ist die Einführung des beitragsfreien Kindergartens. Zwar wurde in der SPÖ bereits Ende der 90er Jahre darüber nachgedacht, die ersten fünf Jahre des neuen Jahrtausends verstrichen diesbezüglich ereignislos. Im Jahr 2006 kam jedoch sprunghaft eine Entwicklung ins Rollen: Die Kinderfreunde forderten in ihrer Kampagne 'Bildung beginnt im Kindergarten' den Gratiskindergarten und Kärnten setzte als erstes Bundesland ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr um.

In der Folge entstand ebenfalls in den anderen Bundesländern ein Diskurs, der im Frühjahr 2009 zur bundesweiten Einführung des verpflichtenden und kostenlosen letzten Kindergartenjahrs führte. Im selben Zeitraum setzte eine dynamische Entwicklung in den Ländern ein, ihr Angebot gegenüber der

15a-Vereinbarung zu erweitern (Erweiterung der Altersbeschränkung, längere Wochenöffnungszeiten) - eine positive Entwicklung, die bedauerlicherweise seit einigen Monaten durch kritische Stimmen aus dem Gemeindebund, der ÖVP, aber auch aus der SP-regierten Steiermark wieder gebremst wird.

## Kindergarten als elementare Bildungseinrichtung

Eine besonders wichtige Entwicklung ist, dass Kinder zunehmend als Zukunftsressource unserer Gesellschaft wahrgenommen werden. Damit einhergehend rücken ihre vorschulische Förderung und die möglichst frühe Herstellung von Chancengerechtigkeit immer stärker in den Vordergrund. Die Betreuungseinrichtung Kindergarten avancierte im Zuge dessen zur elementaren Bildungseinrichtung, in die zunehmend stärker investiert wird, die Kindergarten-Tante wurde zur Elementarpädagogin.

Begreift man den Kindergarten als Bildungseinrichtung, folgt daraus auch ein Recht auf Elementarbildung - ein Thema, das vor allem im Zuge der Einführung des verpflichtenden Kindergartenbesuchs für Fünfjährige diskutiert worden ist - Kindern mit Behinderungen wurde nämlich diese Verpflichtung erspart, gleichzeitig fielen sie aber so um ihr Recht auf einen Kindergartenplatz um.

Die Institutionalisierung dieser geänderten Realität steht jedoch noch aus. Weitere Ziele im Bereich der Elementarpädagogik und Kinderbetreuung sind:

### *Bundesrahmengesetz*

Das Angebot in den Bereichen Elementarpädagogik und Kinderbetreuung ist in vielerlei Hinsicht bundesweit sehr unterschiedlich ausgestaltet. Anzustreben ist ein Bundesrahmengesetz, das die formellen und materiellen Voraussetzungen für institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Bundeszuschüsse für die Erhaltung und Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen Österreichweit regelt.

### *Personalengpässe beheben*

Durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zeichnet sich zunehmend ein Personalengpass in den Kindergärten ab. Eine Pädagogin trägt für 25 Kinder pro Gruppe die Verantwortung und in vielen Kindergärten steht ihr lediglich zu bestimmten Zeiten eine Helferin zur Seite. Kommen zusätzliche Belastungen wie Krankenstände oder Fortbildungen dazu, geraten die Pädagoginnen rasch an ihre persönliche Grenze. Unter diesen Bedingungen ist die erforderliche Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Gefahr und immer mehr Pädagoginnen reagieren mit Krankheit und Burn-out. Seit einiger Zeit ist auch festzustellen, dass es eine immer größer werdende Gruppe von jungen Pädagoginnen gibt, die nach relativ kurzer Zeit im Beruf wieder aussteigt. Als kurzfristige Maßnahme wird

von der Plattform EduCare eine Ausbildung zum pädagogischen Assistenten an den Pädagogischen Hochschulen vorgeschlagen.

### *KindergärtnerInnen-Ausbildung aufwerten*

Langfristig muss der Beruf der Kindergarten-PädagogIn attraktiver werden. Die derzeitige Ausbildung ist eine Sackgasse und müsste zu einem Studium an der Pädagogischen Hochschule aufgewertet werden. Insgesamt ist eine gemeinsame Ausbildung für soziale und pädagogische Berufe anzustreben, das würde zu einer Ausbildung führen, die im Sinne der Kinder fundierter ist, mit mehr Kompetenzen in wichtigen Bereichen wie Entwicklungspsychologie, Kommunikation, Gruppendynamik, Trennung usw. In diesem Zusammenhang könnte auch über eine Verankerung der elementaren Bildungseinrichtungen im Bildungsministerium nachgedacht werden.

### *Pädagogische Qualität: Gruppengrößen senken*

Für eine optimale frühe Förderung der Kompetenzen von Kindern ist es notwendig, sich verstärkt mit der pädagogischen Qualität in Kindergärten zu befassen. Allem voran müssen Gruppen kleiner werden. Qualitätskriterien sind Betreuungsschlüssel, Gruppengröße, Vor- und Nachbereitungszeit, begleitende Fachberatung und Supervision - diese sind in österreichischen Kindergärten gemäß der OECD-Studie Starting Strong verbesserungswürdig.

### *Verminderung systembedingter Transitionen*

Aus Kindersicht lässt sich hinzufügen: In unserem momentanen System der institutionellen Sozialisation - dazu zähle ich jetzt alle Betreuungs- und Bildungsinstitutionen von der Krippe bis zum Ende der Schulpflicht - gibt es eine Vielzahl von systembedingten Transitionen: Kinder wechseln von der Familie in die Krippe, in den Kindergarten, in die Volksschule und den Hort, in die Hauptschule und von dort in die Lehre oder in die Oberstufe. In einem kurzen Zeitrahmen werden permanent Bezugspersonen und Bezugsrahmen gewechselt - in einem Ausmaß, das sich Erwachsene selbst wohl kaum zumuten würden.

Der Wechsel zwischen Krippe und Kindergarten ist für die Dreijährigen, aber auch die Eltern definitiv belastend. Dasselbe gilt für den Wechsel zwischen Kindergarten und Volksschule. Aus diesem Grund wäre es wichtig, darüber nachzudenken, wie den Kindern - auch abseits der Familie - konstante Bezugspersonen und Bezugsrahmen angeboten werden können, etwa durch Familiengruppen oder durch eine noch stärkere Forcierung altersgemischter Einrichtungen. Entsprechend niedrige Betreuungsschlüssel vorausgesetzt, könnte sich so eine echte Zusammenarbeit zwischen PädagogInnen, Eltern und LehrerInnen im Sinne der Kinder entwickeln.

# 2

## Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Geschlechtergerechtigkeit

Der zweite große Bereich, der von Seiten der Kinderfreunde in den vergangenen 10 Jahren immer wieder öffentlich angesprochen wurde, betrifft unterschiedliche Maßnahmen im Bereich der Gleichstellungspolitik, durch die Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden soll. Im Gegensatz zum Elementarbildungsbereich konnten hier nur wenige Fortschritte erzielt werden.

### Gerechte Verteilung der Erziehungs- und Familienarbeit

Ein wichtiges Ziel von Gleichstellungspolitik ist, der ungleichen Verteilung unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit zwischen Männern und Frauen entgegen zu wirken. Faktisch hat sich in diesem Bereich in den letzten zehn Jahren nur wenig getan. Frauen erledigen noch immer zwei Drittel der unbezahlten Arbeit. Laut einer aktuellen Zeitverwendungsstudie der Statistik Austria hat sich daran in den letzten 18 Jahren auch wenig verändert, die großen Entwicklungssprünge haben in den 80er-Jahren stattgefunden und sind damit lange her.

Das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht im Bereich der Familienarbeit führt zu einem geschlechtsspezifischen Ungleichgewicht der Chancen im Erwerbsleben und in weiterer Folge zu Unterschieden im Einkommen und bezüglich der sozialen Absicherung (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Pensionsabsicherung). Diese wiederum wirken zurück auf die Verteilung der Familienarbeit, denn die höheren Männereinkommen führen dazu, dass eine nicht traditionelle Rollenverteilung, in der die Männer einen gleichgroßen oder größeren Teil der unbezahlten Familienarbeit übernehmen, aus Familiensicht häufig nicht finanzierbar ist.

Ein Beispiel: Ein Facharbeiter, der ganzjährig Vollzeit arbeitet, verdient im Durchschnitt 1.500 Euro netto im Monat; seine Frau verdient mit der selben Ausbildung im selben Zeitraum und für die selbe Arbeitszeit etwas mehr als 900 Euro. Würden die beiden die anstehende unbezahlte Hausarbeit zu gleichen Teilen erledigen, reduziert - nur durch die Gleichverteilung der Haushaltsarbeit (und damit auch der bezahlten Arbeit) - das Haushaltseinkommen im Jahr um fast 1.000 Euro. Damit wird rasch klar, dass es nicht nur um Bewusstseinsbildung geht, sondern auch um Fragen der Finanzierbarkeit. Wir stecken in einem Teufelskreis, aus dem wir ohne starke Anreize durch den Staat nur sehr langsam herauskommen.

### Vaterschutzmonat

Die größte Chance für mehr Gleichstellung wird jedoch vergeben, weil das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu wenig aus Sicht der Männer diskutiert wird, die in vielen Fällen den Status Quo nicht wollen. Vereinbar-

keit von Familie und Beruf sollte zunehmend auch als Männerthema begriffen werden. Enttäuschend ist in diesem Zusammenhang, dass der von den Kinderfreunden geforderte Vaterschutzmonat, mit dem viele europäische Länder (Frankreich, Belgien, Schweden, Finnland, Großbritannien) bereits positive Erfahrungen gemacht haben, nicht umgesetzt worden ist.

Einer aktuellen Befragung zufolge ist jeder zweite (!) Vater mit der Zeit, die er unter der Woche mit dem Kind verbringt wenig oder nicht zufrieden, ihre Unzufriedenheit ist größer als die der Mütter. Auch die Kinder sehen das so: 27 Prozent wollen mehr Zeit mit ihrem Vater verbringen. Dieser Anteil ist sehr hoch zu gewichten, vor allem wenn man weiß, dass Kinder in Befragungen Unzufriedenheit häufig nur sehr zögerlich ausdrücken.

Dabei wäre es wichtig, Männer, von Anfang an, in der Karenzzeit, beim Hineinwachsen in die Vaterrolle zu unterstützen. Das ist eine Chance, starre Rollenbilder von Grund aufzubrechen. Die Kinderfreunde fordern seit Jahren, mit breiter Unterstützung, den Vaterschutzmonat: Einen Rechtsanspruch für Väter, nach der Geburt des Kindes vier Wochen zur Unterstützung der Mutter zu Hause bleiben zu können, und zwar - nach schwedischem Vorbild - nicht auf Kosten des bestehenden Urlaubsanspruches, sondern bei vollem Lohnausgleich. Der Vaterschutzmonat könnte der Anfang vom Ende der Trennung der Kinder von ihren Vätern sein, er könnte den Anteil der Männer, die in Karenz gehen steigern und letztlich zu einer gleichen Behandlung der Geschlechter im Arbeitsleben beitragen.

## Karenz und Kinderbetreuungsgeld

Die Unzufriedenheit der Kinder und der Väter beschränkt sich aber nicht auf die ersten Lebensjahre, das heißt, wir müssen ebenfalls darüber nachdenken, wie Zwei- und Dreijährigen zu mehr Familienzeit kommen. Das führt zu Überlegungen über kürzere Arbeitszeiten für Eltern bei gleichem Gehalt und zur einer definitiv katastrophalen Situation bei Karenz und Kinderbetreuungsgeld. 2002 wurde das alte Karenzgeld durch das Kindergeld abgelöst, einer - im Gegensatz zum Karenzgeld - reinen Familienleistung, mit der der Betreuungsaufwand für Kleinkinder teilweise abgegolten werden sollte - damit hat eine grundlegende Systemänderung stattgefunden.

Die Einführung wurde seitens der Kinderfreunde sofort heftig kritisiert, weil ein Ausbau der Kinderbetreuung als wichtiger erachtet wurde, weil man negative Auswirkungen auf die Frauenerwerbsquote erwartete, weil angesichts der Erfahrungen in anderen Ländern eine Erhöhung der Geburtenrate durch diese Maßnahme nicht zu erwarten war und weil die direkten Transferleistungen für Familien in Österreich ohnehin ein vergleichsweise hohes Niveau haben. Von Beginn an stand darum eine Flexibilisierung der Bezugsdauer und die Einführung einer gehaltsabhängigen Lösung im Mittelpunkt der politischen Forderungen.

Beides ist mittlerweile umgesetzt. Seit 2008 kann zwischen drei Pauschalmodellen gewählt werden, 2009 ist auch eine einkommensabhängige Vari-

ante dazu gekommen. Diese Entwicklung ist zwar erfreulich, hat jedoch - wohl zu einem großen Teil wegen der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen - nicht die gewünschten Änderungen gebracht: Auch nach der Flexibilisierung sind nur etwa 5 Prozent der BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld Männer, der Schwerpunkt liegt immer noch auf den Langzeitmodellen - mit den bekannten Folgen: Der Wiedereinstieg in den Beruf bleibt für viele schwierig. Für eine Beurteilung, des gehaltsabhängigen Modells in gleichstellungspolitischer Hinsicht ist es im Moment noch zu früh. Doch auch mit dem Erreichen eines Männeranteils von 20 Prozent wäre es noch nicht getan, Ziel sollte sein, dass Männer und Frauen annähernd die gleiche Zeit in Karenz, bei ihrem Kind verbringen.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht problematisch ist darüber hinaus, dass Männer und Frauen die gleiche Kindergeld-Variante wählen müssen, denn bei den bestehenden Einkommensunterschieden führt eine Inanspruchnahme durch die Männer zu großen, häufig unleistbaren Einkommenseinbußen für die Familien. Darum ist es wichtig, die Varianten zu entkoppeln. Es ist mehr Mut gefordert, der Anteil der Väter in Karenz muss merkbar angehoben werden - zB mit einer zweijährigen lohnabhängigen Kindergeldvariante, bei der ein Elternteil maximal 50 Prozent der Karenzmonate in Anspruch nehmen darf. Das würde zu einer stärkeren Gleichstellung von Männern und Frauen nicht nur im Bereich der Karenz führen, sondern auch Auswirkungen im Bereich des Erwerbslebens haben, die sich zudem nivellierend auf die Einkommensunterschiede auswirken werden.

# 3

## Ist unsere Familienpolitik integrativ?

Der Migrationshintergrund wird zunehmend als wichtige familienstrukturelle Variable mit einem eigenständigen Einfluss auf viele Lebensbereiche betrachtet. Der Bogen des aktuellen öffentlichen Diskurses spannt sich vom Nutzen ('kostengünstiges' Betreuungs- und Pflegepersonal und Haushaltshilfen, steigende Zahl der Familien, Stabilisierung des Erwerbspotenzials) über Befürchtungen (Folgen der hohen Konzentration von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindergärten und Pflichtschulen, Segregation, Sprachschwierigkeiten) bis hin zu irrationalen Phantasien (Angst vor der Verunreinigung von Wiener Blut, Halbmond und Stern auf den höchsten Bergen Österreichs, Minarette überall).

Kinder mit Migrationshintergrund sind durch eine tendenziell xenophobe Umwelt, durch ein monokulturell orientiertes Schulsystem, durch die alltägliche Notwendigkeit, mit widersprüchlichen kulturellen Anforderungen umzugehen und durch Tendenzen sozialer Polarisierung erheblichen Belastungen ausgesetzt, die in ihrem späteren Leben zu Benachteiligungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen führen: Der restriktive Zugang zum Arbeitsmarkt und die geringe Bildungspartizipation führen zu einem erhöhten Arbeitslosenrisiko und damit häufig in die Armut; weitere soziale Risiken sind die mangelnde Teilhabe am sozialen Wohnbau sowie die eingeschränkten politischen Partizipationsmöglichkeiten. Worin sind die Gründe für diese Situation zu suchen?

## Sozialisationsbedingungen von Kindern mit Migrationshintergrund

Kinder mit Migrationshintergrund müssen in ihrem Alltag, im Zuge ihrer Sozialisation widersprüchliche kulturelle Anforderungen bewältigen. Sie leben in einer Gesellschaft, die libertär, konsumorientiert, individualistisch und häufig areligiös geprägt ist, sind aber in ihren Familien - die meist einen hohen Stellenwert einnehmen - mit traditionellen und patriarchalen Kulturtraditionen konfrontiert; im Falle der islamischen MitbürgerInnen häufig auch mit einer besonderen Bedeutung der Religion, die unter den Bedingungen der Diaspora noch aufgewertet bzw überhaupt erst konstruiert wird.

Der familialen Sozialisation kommt unter diesen Umständen eine große Bedeutung zu, es kommt zu einer Doppelsozialisation. In der frühen Kindheit erfolgt sie vorwiegend monokulturell, spätestens mit der Schulzeit beginnt jedoch ein Akkulturationsprozess, in dem die Widersprüche der Bezugssysteme hervortreten und zu ständigen Rollenkonflikten zwischen familialer und gesellschaftlicher Kultur führen. Machistische Männlichkeitsbilder geraten in scharfen Widerspruch zu gleichstellungspolitischen Vorstellungen, Frauen und Mädchen müssen ihre Rollen zwischen Emanzipation und Isolation entwickeln.

Die häufig traditionellen Familienformen in MigrantInnenhaushalten sind aber nicht nur kulturell bedingt, sondern wurden auch dadurch verstärkt, dass Familien meist erst nach und nach in Österreich angekommen sind (Kettenmigration). Meist war der Mann zuerst hier und verfügte - im besten Fall - über Sozialkontakte, Sprachkenntnisse und berufliche Integration. Die nachziehende Partnerin hatte hingegen kaum Ressourcen und befand sich damit in einer starken Abhängigkeitsposition, die weiter verstärkt wurde, weil die Nachziehenden keine Beschäftigungsbewilligung hatten - es bestand keine Möglichkeit, legal zu Arbeiten oder sich zu trennen. Diese strukturellen Grundlagen für die herrschenden Geschlechterverhältnisse in MigrantInnenfamilien sollten mitbedacht werden, bevor man für Erklärungen unreflektiert kulturalistische Argumente (oder gar den Koran) bemüht.

Gefestigt wird diese Situation durch Prozesse der Transnationalität: Bezüge zum eigenen Herkunftsland werden aufrechterhalten, Pendeln zwischen geographischen Räumen wird zur Alltagspraxis, die heimischen Medien bleiben durch Internet und Satellitenfernsehen täglich präsent. Die Aufnahmegesellschaft dagegen begreift sich immer noch als monokulturelles System. Das prolongiert die Ambivalenzen und beeinflusst die Zukunftschancen der Kinder negativ.

## Gewaltbelastete Erziehung

Ein Kapitel des aktuellen Familienberichts ist dem Thema Gewalt in der Familie gewidmet. Es ist ein Vorurteil, dass Eltern mit Migrationshintergrund zu einer gewaltbelasteten Erziehung neigen, denn Eltern betrachten, unabhängig von ihrem Hintergrund, überwiegend eine gewaltfreie Erziehung als ideal. Eine differenziertere Betrachtung offenbart dennoch familienpolitischen Handlungsbedarf - so zeigt sich zB in Familien mit türkischem Hintergrund faktisch eine etwas höhere Gewaltbelastung, die Unterschiede ebnen sich aber mit zunehmender Integration ein.

Auffällig ist, dass das Körperstrafenverbot in Österreich insgesamt wenig bekannt ist: Nur ein Drittel der Eltern in Österreich kennt dieses Verbot, enttäuschend niedrig ist der Bekanntheitsgrad jedoch mit 12 Prozent bei Eltern mit Migrationshintergrund, gerade in dieser Gruppe ist auch der Bekanntheitsgrad von Familienberatungsstellen sehr niedrig. Rundumschläge auf die migrantischen Communities, a la Sarrazin oder Strache, sind hier auf keinen Fall angebracht. Vielmehr geht es um die Frage: "Wo hat die Aufnahmegesellschaft nicht genügend Möglichkeiten zur Integration geboten?"

Es ist Aufklärungsarbeit - auch mehrsprachige - in breitem Stil angezeigt. Zwar schützt Unwissenheit vor Strafe nicht, aber ein Gesetz, das keiner kennt, kann nicht wirken. Angebote der Elternbildung sind kritisch zu überprüfen: Sind sie so gestaltet, dass auch Eltern mit Migrationshintergrund erreicht werden? Sind Websites und Infomaterialien (zB [www.elternbildung.at](http://www.elternbildung.at), Elternbriefe) in die wichtigsten Sprachen übersetzt? Werden die Informationen über die MigrantInnenselbstorganisationen auch an migrantische Communities herangetragen? Ist mitbedacht, dass die Schriftsprach-

kompetenzen der Eltern für komplexe schriftliche Informationen häufig nicht ausreichen? Werden Videos, Podcasts und Symbole eingesetzt?

## Kinderbetreuung und Integration

Auch Forcierung außerfamiliärer Betreuungseinrichtungen bekommt im Licht der Integrationsdebatte einen besonderen Stellenwert, sind doch der Abbau sozialer Ungleichheit und die verbesserten Möglichkeiten der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund wichtige Argumente für deren weiteren Ausbau. Der Besuch eines Kindergartens allein ist natürlich nicht die Lösung, wir müssen uns auch stärker mit Fragen der pädagogischen Qualität befassen.

Ein wichtiger Hinweis der OECD ist, dass Kinderbetreuungseinrichtungen vor allem in Regionen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und/oder armutsgefährdeten Familien begleitend zu dem verpflichtenden Kindergartenjahr noch effektivere Ergebnisse erzielen könnten, wenn sie als zentrale und niedrigschwellige Anlaufstellen vielfältige Serviceleistungen für Familien anbieten, die für das Wohlergehen und die Entwicklung von Kindern nötig sind. Die Mittel dafür könnten mittels sozialer Indizierung den Institutionen zielgerichtet zugewiesen werden.

Ein guter Schritt in die richtige Richtung ist das verpflichtende letzte Kindergartenjahr, der Weiterausbau dieser Maßnahme sollte unbedingt folgen. Die gegenwärtige Infragestellung durch unterschiedliche Akteure ist nicht im Sinne einer gelingenden Integrationspolitik.

## Bildung und Integration

Seit der Veröffentlichung der vergleichenden Leistungsstudien (PISA, PIRLS, TIMMS) werden schulstrukturelle Maßnahmen zunehmend mit sozialpolitischen Zielen, wie der Herstellung von Chancengleichheit für Kinder aus bildungsfernen Schichten und/oder mit Migrationshintergrund in Zusammenhang gebracht. Der Einfluss des familiären Hintergrunds auf Bildung rückt damit wieder stärker ins öffentliche Licht. Doch nicht nur der familiäre Hintergrund beeinflusst Bildung, sondern auch die Qualität unseres Schulsystems. Was ist das für ein Schulsystem?

Ein Lehrer hat sich im Rahmen einer Untersuchung bei uns beklagt, dass in der Schule in der gegenwärtigen Situation kein 'Normalunterricht' mehr möglich sei. Es ist sinnlos, sich darüber zu beschweren, dass kein 'Normalunterricht' möglich ist, weil es die Realität, in der dieser 'Normalunterricht' stattgefunden hat, nicht mehr gibt.

Dieses Beispiel zeigt, dass unser Schulsystem noch immer zutiefst monokulturell orientiert ist. Das führt zu gefährlichen Schief lagen: In Österreich droht Kindern, die nicht in den Raster des 'Normalunterrichts' passen, die Abschiebung in die Sonderschule. Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, haben ein doppelt so hohes Risiko, in die Sonderschule zu

kommen (dasselbe gilt für Kinder mit Behinderungen). Ein Fünftel der jungen Erwachsenen der zweiten Generation brechen frühzeitig die Schule ab. Bei den jungen Erwachsenen ohne Migrationshintergrund beträgt dieser Anteil nur 4,5 Prozent! Zu beachten ist an diesem Ungleichheitsverhältnis, dass die zweite Generation in Österreich geboren ist und die gesamte Schullaufbahn hier absolviert hat. Wichtig ist, im Auge zu behalten, dass diese Befunde überhaupt nichts über die Intelligenz der untersuchten Kinder aussagen. Diese Zahlen sind Benchmarks für unser Schulsystem, dafür wurden sie auch entwickelt. Wir sollten langsam beginnen uns zu fragen, ob wir uns so ein Schulsystem überhaupt leisten können.

Die Empfehlungen zum Umbau des Schulsystems sind Legion und müssen hier nicht noch einmal referiert werden. Die spezifische Forderung an die Familienpolitik jedoch ist, stärker über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Schule und Familie, zwischen Schule und Eltern nachzudenken. Elternarbeit wird - laut PIRLS - von Eltern mit Migrationshintergrund schlechter beurteilt und man muss sich die Frage stellen, ob die Angebote zu wenig zielgruppenspezifisch sind oder von den Eltern zu wenig wahrgenommen werden. Hier müssen neue Wege der Kommunikation und des Empowerment zur Partizipation gefunden werden.

Auch der Entwicklung einer interkulturellen Pädagogik, dem Aufbau interkultureller Sprach- und Lebenskompetenzen und dem Empowerment marginalisierter (häufig migrantischer) SchülerInnen und Eltern kommt eine wichtige Rolle zu. Im Moment variieren die Standards interkultureller Ausbildungsangebote von Bundesland zu Bundesland noch stark, auch gibt es noch zu wenige wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema.

## Freizeit, Zivilgesellschaft und Integration

Es muss auch über eine Förderung der Integration im außerschulischen Bereich nachgedacht werden. MigrantInnen sind in den autochtonen Institutionen der Zivilgesellschaft wenig eingebunden. Gleichzeitig aber klagen viele Vereine, Verbände, Parteien über schwindende Mitgliederzahlen. Offenbar existiert zu wenig integrationsförderndes Freizeitangebot, zu wenig integrationsförderndes Sinn-Angebot.

Offenbar werden die spezifischen Bedürfnisse breiter Zielgruppen von den alteingesessenen Institutionen einfach nicht erfüllt. Als Reaktion darauf entstehen Selbstorganisationen von MigrantInnen. Diese werden in der Folge negativ bewertet, weil man die Entstehung von Parallelgesellschaften zu erkennen glaubt. Eine Neubewertung ist dringend erforderlich, denn in Wahrheit wächst hier eine blühende Vereinslandschaft, mit der eine migrantische Zivilgesellschaft auf ein Aufnahmeland reagiert, das keines sein will.

## Asyl

Das Thema Asyl fehlt im Familienbericht fast gänzlich. Würde Familienpolitik nicht die Ermöglichung des Kinderwunsches als zentrale Zukunftsaufgabe sehen, sondern - so wie in Finnland - die Sicherung und Förderung des Wohls der Kinder, dann würde die gängige Praxis der Abschiebung von Kindern vielleicht endlich beendet werden. Wenn Kinder im Spiel sind, sollte humanitärer Aufenthalt gewährt werden - alles andere ist unmenschlich und eines der reichsten Staaten der Erde unwürdig.

Mit dem derzeit geltenden Asyl- und Fremdenrecht sind Kinder und Jugendliche staatlicher Willkür ausgesetzt, das widerspricht der Kinderrechts- und der Menschenrechtskonvention. Österreich ist mit Deutschland das einzige Land, das Kinder und Jugendliche in Schubhaft nimmt und die geplante Anwesenheitspflicht für Asylwerber wird die Situation nicht verbessern.

Wir sind so weit gekommen, dass einem vierzehnjährigen Mädchen im Berufsorientierungskurs erklärt wird, dass es gar nicht erst damit beginnen soll, sich beruflich zu orientieren, weil es nicht arbeiten darf. Die Antwort des Mädchens war ein resigniertes 'Warum seid ihr immer so kompliziert?'. Dieses Mädchen, das seine gesamte Schullaufbahn hier absolviert hat, wurde offenbar so lange zurückgewiesen, bis es dazu übergegangen ist, von 'wir' und 'ihr' zu sprechen. Das Gefühl, dass sie dazugehört hat ihr dieses Land nicht gegeben.

## Conclusio

Die aktuelle Familienpolitik konzentriert sich auf die Förderung qualifizierter Familien bzw Frauen und darauf, selektive Anreize zur Erhöhung der Geburtenrate in privilegierten sozialen Schichten zu setzen. Sozial benachteiligte Familien, Alleinerziehende, MigrantInnenfamilien werden im öffentlichen Diskurs rasch als 'Risikofamilien' deklariert. Die Kinder selbst spielen überhaupt meist eine untergeordnete Rolle.

Eine sozial orientierte Familienpolitik muss sich verstärkt um eine wertschätzende Wahrnehmung, soziale Integration und Förderung auch dieser Familien in schwierigen Lebenslagen bemühen und sollte zudem dazu übergehen, sich stärker als Kinderrechtspolitik zu verstehen.

Außerdem sollte Familienpolitik einen Kurs zum Thema interkulturelle Kompetenzen belegen. Sie muss lernen, mit einem immer größeren Spektrum von Familienmodellen umzugehen. Nicht traditionelle Familienformen werden zunehmend allgemein akzeptiert. Diese stehen vor der Herausforderung, Familie erst herzustellen, Mutter- und Vaterrollen neu definieren, konstruieren und testen zu müssen, weil gesellschaftliche Leitbilder weitgehend fehlen. Auf der anderen Seite stehen Familien mit Migrationshintergrund, die häufig sehr traditionellen Mustern folgen, dafür aber vor eine ganze Reihe anderer spezifischer Anforderungen gestellt sind.

Um flexibel auf diese Vielfalt reagieren zu können, müssen neben materiellen Transfers und Sozialleistungen zunehmend auch andere Medien von Familienpolitik berücksichtigt werden: Es geht nicht nur um Geld (ganz im Gegenteil, die direkten Familientransferleistungen in Österreich sind vergleichsweise hoch), es geht darum, Infrastruktur (Kindergärten), Zeit, Information und Bildung intelligent zur Verfügung zu stellen.